

Ahaus Kreiszeitung

Antikliches Kreisblatt für den Landkreis Ahaus. — Zentral-Organ für das nordwestliche Münsterland,
verbunden mit Eper Volksblatt, Gronauer Volkszeitung, Nienborg-Hecker Zeitung, Stadtholner Anzeiger, Vredener Volksblatt
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: wöchentlich
800 000 M., freibleibend, ohne Bestellgeld. — Schriftleitung und Geschäftsstelle:
in Ahaus. — Druck und Verlag von H. Kramann in Ahaus.
Verantwortlich für die Redaktion: J. V. Aug. Schmitz in Wüllen.
Telegramm-Adresse: Kreiszeitung Ahaus i. W. — Fern-
sprecher: Nr. 50. — Postfach: Nr. 20. — Postfach:
Konto: Hannover Nr. 22739. — Wöchentliche Gratisbeilage:
Erholungsfunden für das christliche Volk.

Nummer 215

Ahaus, Montag, den 17. September 1923

43. Jahrgang

Poincarés Nein.

Ablehnung der neuen Konzessionen. — Die Pfänder werden behalten. Reparationen und Sicherheiten. — Der Sperling in der Hand und die Taube auf dem Dache. — Deutschlands Revanchelust und die schwarzen Truppen Frankreichs. — Die Rheinlandfrage. Ein „trügerisches Spinnweb.“

Paris, 16. Sept. Bei der Einbringung eines Krieges-
denkmals in Dun-sur-Meuse hielt heute vormittag
Poincaré die erste der für heute angeordneten beiden
politischen Reden. Poincaré erinnerte die Bewohner von
Dun an Goethes „Hermann und Dorothea“, in
dem die Schrecken der Auswanderung geschildert werden.
Er sprach dann von dem deutschen Völkchen, der im
Frieden noch nicht völlig die Gewohnheiten abgelegt
habe, die er im Kriege gezeigt habe. Es sei zu hoffen,
dass er mit seinen großsprecherischen Manieren
nur seine Enttäuschung verhehlen wolle.

So begreife, so fuhr Poincaré fort, das es den Völ-
kern, die den deutschen Einbruch nicht erfahren haben,
schwer fällt, sich die Leiden vorzustellen, die Frank-
reich und Belgien erdulden mußten. Keiner der voraus-
gegangenen Kriege hat auch nur annähernd eine Ver-
stellung von dem geben können.

Was eine feindliche Besetzung bedeutet.
Bei Unterzeichnung des Friedens haben sich alle Mächte
gegenseitig das Versprechen gegeben, und das besiegte
Deutschland hat es bekräftigt, daß die vergangenen
Verbrechen nicht ungestraft bleiben dürfen, und
daß alle Schäden an Personen und Sachen, die durch den
Einfall verursacht wurden, repariert würden. Man
hat diese Schäden sorgfältig aufgezählt, und in der Liste
sind nicht nur die Vermietung der Immobilien und der
Mobilitäten, sondern auch die Pensionen für die
Kämpfer und deren Familien und die ungenügenden
Löhne für die Arbeit, die man uns aufgebunden hat.
Für manchen jedoch sind alle diese Reparationen heute
zu Buch stehen, weil die Deutschen ihre Verpflich-
tungen verweigert haben und wir es nun für gut
halten, sie davon zu ermahnen.

kritisieren und verdammen uns gewisse Leute.
Warum, so fragen sie uns, geben wir unsere unge-
mäßigen Reparationen nicht auf, warum halten wir
uns so genau an die Verträge, warum wollen wir
unsere Forderungen nicht von Nationen revidie-
ren lassen, die nicht am Kriege teilgenommen haben?
Wenn wir keine Kommission annehmen, die
Deutschland von der Zahlung seiner Schulden befreit,
dann bedeutet man uns als herrschsüchtig und
macht uns Zuhälter zum Vorwurf. Alles,
was Deutschland interniert, was dazu dient, Frankreich
zu ruinieren, gehört der Vergangenheit an und im
Laufe der Ereignisse zählt die Vergangenheit nicht mehr.
Alles, was Deutschland interniert, sich seinen Verpflich-
tungen zu entziehen, wurde ebenfalls vergessen.
Auch das soll der Vergangenheit angehören, und die Ver-
gangenheit von gestern liegt schon zu fern. Man will von
unseren Forderungen nicht mehr sprechen, die aber doch
noch Gegenwart sind. Man hält sie für übertrieben und
ermüdet, wenn wir, als die höchsten Vertreter,
die Notwendigkeit betonen, daß die Reparationen zu
werden. Diese Leute ungeschicklich müssen wir ohne
Umstände durchhauen. Das verzieht die Franzosen, die sich
eingebildet haben, sie würden uns ihrer selbst willen ge-
neigt, und die sich nun enttäuscht fühlen. Es wäre ein
ebenbürtiger Sieg, wenn wir uns einbilden wollten,
dass unsere Freunde und nicht

mit selbst die Verteidigung unserer Interessen durch-
zuführen haben.
wie es ungerührt wäre, zu bestreiten, daß wir, indem wir
unser Recht wollen, irgend jemand schädigen können.
Unsere Rechte sind in Verträgen niedergelegt, die unsere
Alliierten unterzeichnet haben. Es würde keine Sicher-
heit mehr in den Beziehungen der Völker geben, wenn
abgeschlossene Verträge verlegt werden würden.
Weber einer neutralen Kommission, noch internationalen
Schiedsverfahren, noch einer internationalen Diskom-
mission, auch nicht einmal dem Völkerbund,
besser Aufgaben groß sind, hat der Vertrag von Ver-
sailles die Aufgabe gestellt, die Höhe der deutschen
Schulden festzustellen, oder die Bedingungen zu
bestimmen, unter denen sie bezahlt werden sollen, sondern
einer besonderen Kommission, die Reparations-
kommission heißt und deren Befugnis Deutschland
ausdrücklich anerkannt hat. Wenn man daran denkt,
wie bestrebt zu werden, so geschäftig dies, weil man glaubt,
dass die neuen Konzessionen weniger geneigt ist. Aber

diese neuen Konzessionen würden den übernommenen
Verpflichtungen zuwiderlaufen,
und das ist uns genug, daß wir uns dazu nicht
hergeben.

Wir haben Pfänder in der Hand, die wir behalten,
bis wir Befriedigung erzielt haben.

Paris, 16. Sept. In der heute abend in Brien-
les für Weisse gehaltenen Rede sprach Poincaré von
der Reparationskommission Deutschlands, um in
Verbindung damit die Frage der Sicherheiten zu
besprechen.

Wenn die Bestimmungen, denen sich Deutschland
schuldig gemacht hat, und die die Alliierten selbst haben
vornommen müssen, um den Einbruch aus Frank-
reich zu vertreiben, diejenigen nicht, oder fast nicht
sollen würden, die die moralische Verantwortung dafür
tragen, so können früher oder später die jungen Deut-
schen der alten Schule glauben, daß sie im diesen Preis
den Verlust von neuem unternehmen könnten.

Wenn andererseits das deutsche Reich seine militärische
Stärke reorganisiert und sich wieder bewaffnet,
würde es eines Tages versuchen, das Instrument, das
es geschmiedet hat, wieder zu benutzen. Wir
müssen also den Betrag unserer Reparationen fordern
und auch über die Ausweitung unserer
Sicherheiten nachdenken. In beiden Fragen werden wir

den Sperling in der Hand nicht um die Taube auf
dem Dache willen aufgeben.
Deutschland hat tatsächlich seit mehreren Monaten die
Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission in

geleitet. Deutschland, das heute in Ruhe Kanonen,
Flugzeuge und Munition, sei es bei sich oder in anderen
Ländern herstellen kann, Deutschland, das in einigen
Jahren bewaffnet und

Aus Revanche bereit
wieder vor uns erscheinen kann, Deutschland, das den
Vertrag macht, in der Welt
unsere treuen und tapferen schwarzen Truppen
zu diskreditieren, weil es nicht will, daß wir eine Nation
von 100 Millionen sind und weil es sich scheut, uns
nach der Zahl der Soldaten zu beherrschen.
Deutschland gibt uns heute

Ausführungen mit Worten,
die es für verlockend hält und mit Versprechungen, von
denen es Wunder erwartet. Gewisse Publizisten
und Politiker haben einen Gedanken aufgenommen, in
der Hoffnung, daß wir ihn aufnehmen. Warum, so
sagen sie, könnten

die rheinischen Uferstaaten
sich nicht einigen, um für eine bestimmte Zeitperiode
den status quo zu garantieren? Würde dieses Abkom-
men nicht für eine gewisse Zeit die Ruhe zum
Alten geben? Die Rechte dieser geistreichen Kombi-
nation liegen also darin, daß es bei unseren Alliierten
Leute gibt, die das vortrefflich finden und bereit sind,
es uns zu empfehlen. Danken wir sofort im Voraus,
aber

lassen wir nicht zu, daß die Freunde Frankreichs
sich auf gefährlichen Wegen verlieren.

Mit der Schaffung des Völkerbundes hat der
Friedensvertrag von Versailles den Grundriss aufge-
stellt, daß alle Nationen, die daran teilnehmen, sich ge-
genseitig verpflichten, ihre Gebiete zu respektie-
ren. Am dem Tage, an dem Deutschland endlich die
Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, erfüllt
haben wird, steht es ihm frei, seine

Zufassung zum Völkerbund

zu verlangen und wenn es sein Mögliches ist, werden
Frankreich und Deutschland sich gegenseitig durch die
Zugehörigkeit zum Völkerbund gegen einen Angriff
sichern.
Ein besonderer Pakt für die Rheingrenze
würde dem Ziel des Friedensvertrages nichts hin-
zufügen. Er würde sogar die große Ungleichheit
hervorheben, den allgemeinen Pakt zu schwächen.
Denn wenn er nicht auf die Grenzen der Tschecho-
slowakei und Polens sich bezieht, würde man
Deutschland im Osten oder Süden mehr Freiheit lassen,
als im Westen. Es versteht sich von selbst, daß Deut-
schland, sobald es wieder militärische Befähigun-
gen bekommen wird, seinen Angriff weit vom Rhein
entfernt beginnen und sich gegen uns wenden wird.
Wir sind unsere Alliierten schuldig. Das habe er im
vorigen Jahre Lloyd George erklärt, als er uns
in Garantiepakt sprach, der nur für den Rhein
und nur für einige Jahre Geltung haben sollte,
und der von keinerlei militärischer Sicherheit begleitet
war. Um so viel mehr müssen wir den Deutschen die-
ses Antwort geben, die uns

dieses trügerische Spinnweb

anbieten, ein Garantiepakt, welche auch seine Unter-
zeichner sein mögen, kann für uns keinen prakti-
schen Wert haben, wenn er im Falle eines Angriffs
keine militärische Sicherheit garantiert. Vor dem
Kriege hat uns England keine militärische Mit-
arbeit versprochen. Es stand ihm frei zu intervenie-
ren, selbst wenn Frankreichs Gegenstand eines un-
gegründeten Angriffes gewesen wäre. Trotzdem hatte der
militärische und maritime Generalstab von England mit
unserem Generalstab Abkommen getroffen, die im Falle
einer englischen Intervention ein Zusammenwirken ge-
statten sollten. An dem Tage, an dem England Partei
für Belgien und Frankreich ergriff, haben wir durch
diese Konzession gewußt, wo und in welchem Maße es
sich bemühen würde. Wir waren trotzdem lange Zeit
gezwungen, auf französischem Boden und mit französi-
schen Soldaten die schwersten Lasten des Krieges zu
tragen.

Garantiepakete, die nicht auf technischen Abkommen
analog dem früheren beruhen,

würden uns im Augenblick der Gefahr altein, oder fast
allein lassen. Diese Garantiepakete, wenn sie unter-
zeichnet werden, würden überall als Friedensfalsch
bezeichnet werden, und man würde sich bestre-
hen, sie zu erklären, daß wir nicht mehr zu bestreiten hätten,
dass wir uns bestreuen müßten, abzurufen, und wir
würden, wenn die Stunde gekommen ist, von einem
schleimig überkommen, besser vorbereiteten und besser
ausgerüsteten Feind überfallen werden. Nein! Ich
denke, wenn man anfängt Garantien für unsere Sicher-
heit nur Pakete dieser Art bietet, so bedeutet uns

dieser aufgepumpte Wind
nichts, was irgendwie von Wert wäre. Im übrigen
wird uns dieses Angebot im allgemeinen nur mit den
konkreten Zusätzen gemacht: Wenn ihr durch einen
Garten Unteroffizier geschickt seid, so werdet ihr doch
wohl bereit sein,

das linke Rheinufer zu räumen,

bevor die durch den Friedensvertrag festgelegten
Frieden abgeschlossen sind. So gebt man uns mit
dem Zugzwang einer internationalen Garantie eine
positive Garantie zu bringen. Es ist wohl be-
kannt, daß alle Regierungen, die in Frankreich seit 1919
aufeinander gefolgt sind, erklärt haben, daß
die Befehlshaber für das linke Rheinufer nicht
zu laufen beginnen

hätten, da Deutschland seine von den Vertragsbestim-
mungen ausgeht hat. Man trachtet nicht, die Schwen-
gen der Hand zu abzurufen. Wenn dies
würde wir gezwungen, vor dem Abzug der ver-
traglichen Truppen unsere Soldaten aus dem Gebiet
zurückzuführen, wo sie Ruhe hatten, um den
Weltfrieden zu verteidigen und der deutsche Militäris-
mus wäre imstande, in aller Ruhe

neue Eroberungskriege
vorzubereiten. Das ist ein Ziel, zu dem wir uns nicht
hergeben werden. Poincaré versicherte, daß Frankreich
die durch den Friedensvertrag ihm gewährten Sicher-
heiten festhalten werde. Da sie nicht ewig seien,
und da diejenigen, die Frankreich 1919 versprochen wor-
den seien, nicht geliefert worden wären, werde es zu
gegebenen Zeit mit seinen Verbündeten sich bemühen,
für die Zukunft andere ausfindig zu machen. Aber
weder in dieser noch in der Reparationsfrage würde es
sich mit einem bloßen Schein begnügen.

In den Reden Poincarés vom vorgestern Sonntag
konnte man wenigstens in der Form einen Fortschritt er-
blicken. Von den vorhergehenden Ausführungen muß man
das Gegenteil sagen; sie bedeuten einen Rückschlag in die
schärfste Front; Poincaré bemüht sich mit der ganzen
Ihm zur Verfügung stehenden Rednergabe, das fran-
zösische Volk in der Woche von 1914-18 zu erhalten
und neue Kriegsgespinnste, die von dem unter strengster
Kontrolle stehenden Deutschland drohen sollen, an die
Band zu malen. In der ganzen Welt hat man anerkannt,
daß Stresemanns letztes Angebot Frankreich mehr in
garantierte Aussicht stellte, als es auf Grund des Versail-
ler Vertrages beanspruchen könnte. Der Verrät der deutschen
Privatwirtschaft und des deutschen Privatbesitzes ist von
Poincaré selbst wiederholt so hoch veranschlagt worden,
daß ihm das präzisiertere Angebot Stresemanns unbedingt
als eine Garantie von größter Realität erscheinen mußte.
Selbst der offizielle „Temps“ hat erklärt, es sei nicht
ernstlich in Abrede zu stellen, daß das deutsche Angebot
einen ganz entscheidenden Schritt über den Versail-
ler Vertrag hinaus bedeute und daß es kein bloßes Verspre-
chen darstelle, sondern daß es immer wieder geäußerten
französischen Wünschen nach realer Garantie der Re-
parationszahlungen in vollstem Maße gerecht werde.

Aber Poincaré legt an die Stelle des guten Willens seine
Halsstarrigkeit; über Frankreichs Augen geht ihm die
Reparationsfrage. Er will keine Lösung, welche die Sou-
veränität Deutschlands über die besetzten Gebiete in
ihrer Gesamtheit wiederherstellt. Die Kommunisten in
Frankreich, antwortet er Stresemann: „Besser den
Spieß in der Hand, als die Taube auf dem Dache.“ Rhein
und Ruhr hat Frankreich, Poincaré will sie nicht frei-
geben, obwohl ihm bessere anderweitige Garantien ge-
geben werden, weil er auf Machtvergrößerung aus ist. Die
einzige Möglichkeit, den Rhein Europas zu verbinden,
liegt nun darin, daß schließlich in dem besetzten Teil
des französischen Volkes die Ansicht obliegt, daß es im
Grunde doch nur darauf ankommt, daß Deutschland seine
Verpflichtungen erfüllt, wozu es sich im weitesten Maße
bereit erklärt und realistische Garantien gegeben hat. Wer
von dem Überbieten dieser besseren Einsicht scheitern will
noch weit entfernt zu sein. Von den anderen Mächten
bringt keine den Mut auf, Poincaré in den schwer ge-
panzerten Arm zu fassen; Mussolini gibt zwar Deut-
schland den Rat, den passiven Widerstand, von dem übrigens
Poincaré mit seinem Worte spricht, aufzugeben, aber
nach der anderen Seite hin ist er durch die Unterfütterung
seiner eigenen Politik allzusehr verpflichtet, als daß er
einen sonstigen Wagemut auch zur Rettung Europas
bewahre. So liegt die Zukunft differenter als bisher vor
uns. Dadurch, daß Poincarés Rede keinerlei Entgegen-
kommen zeigt, ist für das Ministerium Stresemann die
Kabinettsfrage gestellt. Darüber muß man sich im
Zustande wie im Ausnahme klar sein. Es scheint uns,
daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Deut-
schland, solange Poincaré das Ruder der französischen
Politik führt, sich unmöglich als unmöglich herausgestellt
hat.

Die Kommunisten und das

kapitalistische Frankreich.

Man weiß, daß heute der schärfste Widerstand gegen
direkte diplomatische Unterhandlungen mit Frankreich
von Seiten der Rechtsradikalen, aber auch von
Seiten der Kommunisten besteht, die Rechtsradika-
len vorwiegend aus nationalistischen Gründen, die
Kommunisten aus wirtschaftlichen, anti-
kapitalistischen Motiven. Daß diese Feindschaft
der Kommunisten nur eine partiellistische ist, nur
ein Mittel, das Chaos herbeizuführen und sich selbst in
den Besitz der Macht in Deutschland zu setzen, das ging
schon aus den Veröffentlichungen hervor, die Ende Au-
gust Minister Seuring über die Geheimverhandlungen
des Zentralausschusses der Groß-Berliner Betriebsräte
anlässlich seiner Auflösung gemacht hatte, und unter den
Papieren, die bei jener Auflösung gefunden wurden,
waren Verträge über Veranlassungen dieses Aus-
schusses. In einem derselben hatte der Russe Mas-
low, auch ein Mitglied der Bezirksleitung der Kom-
munistischen Partei in Berlin, erklärt, daß, wenn die
Kommunisten der Partei des Sturzes der Regierung
Guns die Parole der Diktatur des Proletariats
als hätten folgen lassen, niemand gewagt hätte, was
dann gekommen wäre; aber das, was gekommen wäre
würde natürlich günstig für die Kommunisten gewesen.
Derselbe Maslow empfahl dann auch, daß, wenn es im
nächsten Winter zu größeren politischen Unruhen und
Machtkämpfen kommen sollte, die Kommunisten Verbin-
dungen mit den Tschekoslowaken, Polen und Frankreich
suchen müßten.

Man müßte aus dieser Veröffentlichung ersehen, daß
die Kommunisten zwar keine Mittel zur wirtschaftlichen
und politischen Rettung Deutschlands bereit haben, daß
sie aber wohl bereit sind, sobald sie zur Macht gelangt
wären, das deutsche Volk an seine kapitalistische Nach-
barn, vor allem Frankreich, auszuliefern. Diese
Entscheidung Eberlings haben neuerdings in der
„Rote Fahne“ (Nr. 207) eine wohl unwillkürliche
Bestätigung gefunden: Die „Rote Fahne“ druckte
da aus den „Sozialistischen Monatsheften“ einen Ar-
tikel von dem Abg. Ludwig Quessel ab, der auf
Einzelvorgänge bei dem Sturz der Regierung Guns zu-
rückkommt und die Strömungen im eigenen sozialisti-
schen Parteilager etwas bissig kritisiert, unter der Hand
aber für ein direktes Nachgeben gegenüber Poincaré
eintritt. Dazu macht die „Rote Fahne“ eine An-
merkung, in der es im ersten Satz folgendermaßen
heißt:

„Mit der vertriebenen Tendenz dieses Artikels, Stim-
mung zu machen für die Kapitulation vor Poincaré, muß
der innere Zusammenbruch, ehe die 2. Revo-
lution in Deutschland kommt, haben wir selbstver-
ständlich nichts zu tun.“
Dieser Satz ist außerordentlich bezeichnend, er läßt
die unweigerliche Schlussfolgerung zu, daß die Kom-
munisten bereit sind, direkt vor Poincaré zu kapitu-
lieren, wenn die 2. Revolution in Deutschland im
Gange ist, und sie an die Spitze der deutschen Politik
gebracht hätte, mit anderen Worten: Der Kampf gegen
die Kapitulation vor dem kapitalistischen Frankreich, mit
dem die Kommunisten sich heute so wichtig tun, ist nichts
anderes als eine heuchlerische Maske. Sie wissen
ganz genau, daß sie selbst an einer direkten Verständi-
gung mit Poincaré nicht vorbeikommen würden.
Das klar erkennen, sollte aber für die deutsche
Arbeiterklasse bedeuten, daß es ihr, wenn Poincaré mit
den Führern der deutschen Kommunisten über Deut-
schland verhandeln möchte, noch viel schlechter er-
gehen würde. Vor den Deutsch-Völkischen werden sie
ihren teuflischen Pferdeschweif nicht mehr verheim-
lichen können.

Preussischer Landtag.

V. Berlin, 15. Sept.

Dem Verlangen, eine Reihe kommunistischer
Anfragen und Anträge auf die Tagesordnung zu
setzen, kann nicht stattgegeben werden, da Widerspruch
erhoben wird. Auf der Tagesordnung steht als erster
Punkt die Beratung der Verordnung vom 1. Sept. 1923
zur Anpassung der Steuerförm an die Geld-
entwertung. Nach der Verordnung erfolgt die An-
passung der Steuern an die Geldentwertung für jedes
Kalendervierteljahr oder einen jeden Kalendermonat
durch Vervielfachung der für das erste Vierteljahr oder
den ersten Monat des Rechnungsjahres 1923 an-
gelegten Steuerbeträge. Als Maßstab für die Ver-
vielfachung wird vom Staatsministerium eine Verhältnis-
zahl festgelegt.

Abg. Dr. Achle (Dnk.) erklärt, daß mit der Steuer-
erhöhung auch der Plan der Schaffung einer neuen
Währung in engem Zusammenhang stehe. Es han-
delt sich darum, die wirtschaftlich zweckmäßigste Form zu
finden.
Die Verordnung wird darauf in allen drei Les-
ungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes
betreffend Übertragung staatlicher Elektrizitäts-
anlagen an eine Aktiengesellschaft.
Abg. Vinkereil (D. V.) berichtet über die Ver-
handlungen des Ausschusses. Nach der Vorlage wird
das Staatsministerium ermächtigt, für die Stromver-
orgung im Weserquellen- und Mangelgebiet eine
Aktiengesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Kassel zu
gründen mit der Aufgabe, das sämtliche Aktien in den
Besitz des Staates gebracht werden und eine Veräuße-
rung der Aktien nur mit Zustimmung des Landtages
möglich ist. Zugleich werden die staatlichen Anlagen in
Dörfern nebst Hochspannungsanlagen mit Um-
spannwerken der Aktiengesellschaft „Großkraftwerk
Hannover“ übertragen. Der Entwurf wird in zweiter
Lesung nach den Ausschussbeschlüssen angenommen.

Das Haus geht dann zur 2. Beratung des Gesetzes-
entwurfes wegen Übertragung der Verwaltung
und Ausübung der staatlichen Berg-
werke an eine Gesellschaft m. b. H. über. Der
verpflichtete Ausschuss für Handel und Gewerbe empfiehlt
für den gedachten Zweck nicht eine G. m. b. H., sondern
eine Aktiengesellschaft, deren gesamter Aktienbestand vom
Reichsfinanzministerium für den Staat übernommen
werden soll. Zur Deckung der Mittel für die Über-
nahme der Aktien soll der Finanzminister zur Aufnahme
einer werbefähigen Anleihe bis zur Höhe von 5
Millionen Goldmark ermächtigt werden. Nach dem Ver-
tragsentwurf überträgt der Staat der preussischen Berg-
werks- und Hütten-A. G. in Berlin auf längstens 100
Jahre die Verwaltung und Ausübung der bisher der
Bergbauverwaltung des Handelsministeriums unterstellten Be-
triebe.

Handelsminister Siering: Der Wunsch der Lös-
sung der staatlichen Bergwerke aus der staatlichen
Hoheitsverwaltung ist sehr alt. Die katastrophale Geld-
entwertung der letzten Monate hat seine Erfüllung, die
Verwirklichung der Umstellung zu einer Notwendigkeit
gemacht. In der Folge wird nicht mehr der Handels-
minister allein auf diesem Gebiete das entscheidende
Wort haben, ihm wird der Finanzminister koordiniert
sein. Um sein künftiges Mitbestimmungsrecht braucht
der Landtag nicht besorgt zu sein. Eine Garantie be-
deutet ja schon die Zusammenfassung des Aufsichtsrates,
von dessen 12 Mitgliedern 5 dem Landtage angehören
müssen. Auf die Erhöhung der Ertragskraft des sta-
tischen Bergbaues haben wir begründete Hoffnung.
Die Regelung des Beamtinnenverhältnisses wird von der
Regierung unter voller Berücksichtigung der Wünsche des
Ausschusses mit dem äußersten Entgegenkommen gegen
die Beamtinnen betrieben werden. (Beifall.)

Abg. Prutz stimmt der Ausschussvorlage unter Zu-
sicherung einiger besonderer Wünsche zu. Die ur-
sprüngliche Fassung des Gesetzes war zu unklar und
schwierig, da sie einen zu großen Beamtinnenapparat er-
forderte. Hoffentlich zeitigt die letzte Vorlage gute Er-
gebnisse. (Beifall im Zentrum.)
Von Waldhaufen (D. V.): Bei den Ber-
gen Trupp und Truppen werden die einzigen Unter-
nehmungen als selbständige Werte betrachtet. Der
Preussische Staat soll diesem Beispiel folgen.
Die Vorlage wird nach den Ausschussvorläufen an-
genommen, ebenso der Vertragsentwurf.

Handn blieb stehen.
(Fortsetzung folgt.)

SUNLIGHT SEIFE

Achteckstück

Die billigste und beste Seife zur Körperpflege



Statt Karlen.
Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluss entschlief heute
abends um 10 1/2 Uhr unerwartet mein lieber Mann, unter
nützlicher, treuer, Vater, Schwiegervater, Großvater,
Bruder und Enkel.

Herr Justizrat
Franz Wilhelm Driever

im 63. Jahre seines arbeitsreichen Lebens, versehen mit den
Erbschaften der St. kath. Kirche. Die Seele des lieben Ver-
storbenen empfehlen wir der Güte der Gläubigen, be-
sonders der Fürbitte der Priester am Altare.

Ahaus, Siedeln v. Grefsd. Rhein und Münster,
den 14. September 1923.

In tiefer Trauer

Namens der Hinterbliebenen:
Frau Justizrat Driever
Gertrud geb. Terfloth.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 18. 9. 23,
vormittags 8 1/2 Uhr vom Sterbhaus aus. Gleich darauf
das feierliche Beisetzung in der Pfarrkirche.
Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen abzusehen.

Nachruf.

Gestern entschlief unerwartet

Herr Justizrat Driever

zu Ahaus. Er gehörte zu den Gründern unserer Gesellschaft
und war seit Anfang Vorstandsmittglied derselben. Mit
unermüdlichem Eifer und großer Hingabe hat er sich die
Entwicklung unserer Bahn angeschlossen. Wir
werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ahaus-Enschede, den 15. September 1923.

Ahaus-Enscheder Eisenbahngesellschaft.

Nachruf.

Am 14. d. Mts. verstarb das Mitglied unseres Aus-
sichtsrates, Herr

Justizrat
Franz Wilhelm Driever

nach einem arbeitsreichen Leben infolge Schlaganfalls.
Zeitlich Erleichterung unserer Bahn, an deren Gründung er be-
vorragenden Anteil hatte, schätzte er seinen Ausfallsam-
st und hat er alle Zeit in unermüdlicher Weise seine rei-
chen Erfahrungen sowohl als auch seine Arbeitskraft der
Förderung unseres Instituts gewidmet.
Wie seine Wirksamkeit mit der leidigen Krankheit
Entwicklung unserer Bahn unauslöschlich verknüpft bleibt,
wird auch sein Andenken in uns fortleben.

Ahaus, den 16. September 1923.

Ahauser Gewerbebank
e. G. m. b. H.

Der Aufsichtsrat. Der Vorstand.

**Dortmunder
Zigarren- & Zigaretten-
Großhandlung**

Dortmund
Ludwigstr. 12
Fernspr. 3027

Inh. W. Schwick
Geich-Oberkass.:
D-1 u. D-7 Uno.

Essen
Kortmarkt 10
Fernspr. 1243

Unserer werten
Kundschaft
teilen wir höchlichst mit, daß
wir noch in der Lage sind

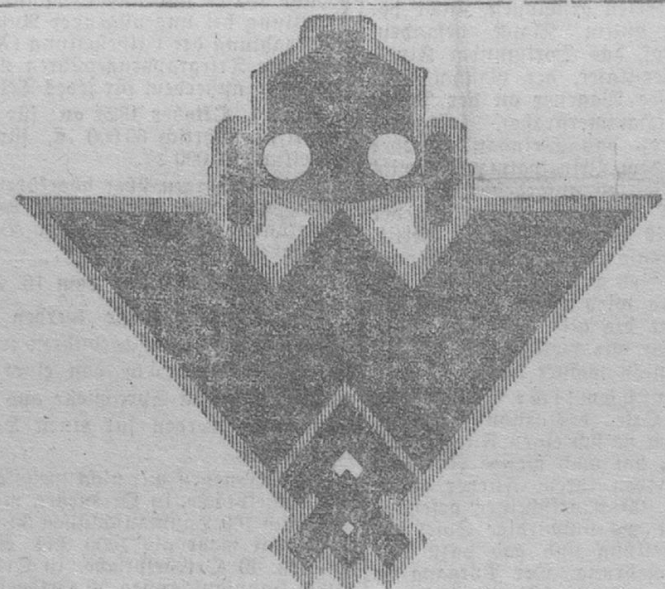
**Eckstein-, Halpaus-,
Neuerburg-**
Zigaretten sowie Zigarren
abgeben zu können.

Verkauf von 9-1 Uhr vormittags
und von 3-6 Uhr nachmittags.
Abgabe von größeren Posten ab
unserem Lager in Schwerie.

Kein
Detail-
verkauf

Kein
Detail-
verkauf

Größtes Unternehmen dieser Art.



**Westdeutsche
Automobil-
Aktiengesellschaft
Dortmund**

Ostenhellweg 46-48

Fernspr. 724, 3472 u. 3473

ADLER
Personen-Automobile

Tafelliköre

DR. EMBACH
MAGNETIKOR
ABTEL-LIKOR
KARTHAUSER
CURACAO
CHERRY-BRANDY
MARASQUINO
CREME DE VANILLE
GOLD-INGEBER
DANZIGER
GOLDWASSER
BERLINER
TAFEL-KUMMEL
EIER-COGNAC

**EMIL
UTZEN
BACH**
Dortmund



Man verzeihe ausdrücklich

Gilka-Kömmel.
General-vertreter Ernst Mademann sen.,
Dortmund, Wohnung und Lager: Hausmannstr. 1
Fernspr. 1426.

Bis auf weiteres ist die Bank
Dienstags
für den Verkehr mit dem Publikum
geschlossen.
Ahauser Gewerbe-Bank
e. G. m. b. H.



Allein Hersteller Combustinwerk
Fahrbrücke-Sa.

Für Pfeifenraucher!

Direkt in der Fabrik bestellt!
Erspart jedem sehr viel Geld!

Bestellen Sie deshalb der Welt heute noch
eine Packung, die gratis und franko ver-
sendet wird, von der

**Firma Emil Köller,
Rauchtabakfabrik „Weltruf“
Bruchsal Nr. 490
(Baden).**

Bewertung: Herrn Fortwilmatter W.
Schel in W. schreibt: Ihr Tabak verdient
alles Lob. Bitte senden Sie mir wieder
18 Pfund u. f. w. (1688)

In die Bibliothek
eines jeden Westfalen

gehört unbedingt:
Der Oberhof

Die Geschichte eines westfälischen Bauernhofes
von Carl Immermann.
Vorräte in der Buchhandlung Gerd. Senfing.

Bekanntmachung.

Infolge Erhöhung der Kohlenpreise ab 10. Sept.
1923 von M. 119 849 000,— auf M. 219 900 000,— pro
t ab heute errechnet sich der

**Gaspreis auf
Mk. 13 85 000,— pro 1 cbm.**

Die endgültige Bekanntgabe des Gaspreises pro
September erfolgt am Ende dieses Monats nach
dem Durchschnitts-Kohlenpreis für September.
Bodum, den 10. September 1923.

Elektrizitätswerk Westfalen A. G.
Abteilung Gaswerke



Erdal
Marke Rolfrosch - Schuhpasta
Werner & Mertz A.-G. Mainz

**Kriegerverein
Ahaus.**



Unter Mitglie
Justizrat Driever
ist gestorben. Wir er-
nen das Andenken
des lieben Mannes,
den, indem wir an
der am Dienstag, d.
18. 9., morgens 8 1/2
Uhr, hinführendem
Beerdigung holtzofen
teilnehmen. Anreden
des Vereins 8 1/2 Uhr
auf dem Friedhof.



Wie wir Ihre
Krankheitskränkung
und Verunsicherung
zum 1. u. 2. Mal, seit
unser Buch mit 50 Ab-
bildungen, 12. Auflage
ggg. Einsendung v. 12 Mk.
oder gegen Nachnahme
an
FRANZ WENZEL
Dresden-Blasewitz, 504

**Schaufenger
Bedarf**



**A. Jährendorf
Dortmund
Fahrradstr. 10
Tel. 8857**

Alle
Drucksachen

wie
Formulare,
Tabellen,
Werke,
Brochüren,
Preislisten,
Adresskarten,
Rechnungen,
Zirkulare,
Mitteilungen,
Briefbogen,
Kuperts,
Visiten- und
Glückwunschkarten,
Verlobungs-
Vermählungs-
Geburtsanzeigen,
Trauerbriefe,
Totenzettel,
Trauerkarten
u. f. w.

liefern prompt und zu
zeitensprechenden
Preisen

**Gebr. Lenfing,
Buchdruckerei**

Mehrere
Zeitungshoten
sollt gefucht
Ahauser Kreiszeitung